SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Konvergenz- und Divergenzaspekte der Parteiensystementwicklung in der Ära der Europäisierung: Ost- und Westeuropa im Vergleich

Helms, Ludger

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Helms, L. (2008). Konvergenz- und Divergenzaspekte der Parteiensystementwicklung in der Ära der Europäisierung: Ost- und Westeuropa im Vergleich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *37*(1), 11-27. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-280913

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Ludger Helms (Wien)

Konvergenz- und Divergenzaspekte der Parteiensystementwicklung in der Ära der Europäisierung: Ost- und Westeuropa im Vergleich

Parteiensysteme sind hochgradig dynamische Systeme. In diesem Beitrag geht es um die Rekonstruktion der jüngeren Entwicklungen im westlichen und östlichen Europa, unter besonderer Berücksichtigung Mittelost- bzw. Osteuropas. In einer Reihe von untersuchten Teilbereichen – so etwa in Bezug auf die elektorale Volatilität oder den Organisationsgrad von Parteien – sind moderate Konvergenztrends erkennbar, wobei den jungen Demokratien des Ostens verschiedentlich so etwas wie eine Trendsetter-Rolle zukommt. Die eindeutig ausgeprägten Tendenzen überregionaler Konvergenz sind jedoch begrenzt; das spezifische Struktur- und Funktionsprofil der post-kommunistischen Parteiensysteme ist in beträchtlichen Maße erhalten geblieben. Auch die „Europäisierung", im Sinne der innenpolitischen Rückwirkungen der europäischen Integration, wirkt kaum als eindeutiger Katalysator einer Überwindung zentraler Unterschiede zwischen Ost und West.

Keywords: *Parteien, Parteiensysteme, Parteiensystemwandel, Konfliktlinien, Volatilität, Europäisierung*
parties, party systems, party system change, cleavages, volatility, europeanization

1. Einleitung[1]

Vor gut einem Jahrzehnt fragte Peter Mair, einer der international führenden Parteienforscher unserer Zeit, danach, inwiefern und warum sich die post-kommunistischen Parteiensysteme Mittelost- und Osteuropas hinsichtlich ihrer Struktur und Performanz von den konsolidierten Parteiensystemen (Westeuropas) unterschieden (Mair 1997, 175ff.).[2] Mit ihrem breiten, auf grundlegende Aspekte und Entwicklungen hin orientierten Fokus hebt sich Mairs Analyse bis heute aus der Vielzahl von Arbeiten über Einzelaspekte post-kommunistischer Parteien bzw. Parteiensysteme der Region ab, die in ihrer Gesamtheit kaum mehr als die Grundbausteine eines schillernden, noch nicht zusammengefügten Mosaiks darstellen. Damit besitzt der Beitrag Mairs jene Eigenschaften, die ihn in besonderer Weise dazu qualifizieren, um als zentraler Bezugsrahmen und Ausgangspunkt nachfolgender Bestandsaufnahmen der Parteiensystementwicklung in Europa zu dienen.

In diesem auf der jüngeren internationalen Literatur basierenden Überblicksartikel geht es im Kern um die Frage, inwieweit der Zustand der Parteiensysteme im östlichen Teil Europas sich seit Mitte der neunziger Jahre verändert hat. Dabei ist indes auch der gegenwärtige Zustand bzw. die jüngere Entwicklung der Parteiensysteme in Westeuropa zu berücksichtigen, welche Mair bei der Bestimmung der Besonderheiten der post-kommunistischen Parteiensysteme Mittelost-

und Osteuropas (wenngleich mehr implizit als explizit) als zentrale Referenzgröße dienen. Das Streben nach einer angemessenen Berücksichtigung der Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme speist sich freilich weniger aus dem Wunsch nach „Vollständigkeit", die im gegebenen Rahmen nicht einmal in bescheidensten Ansätzen zu erreichen wäre. Die Einbeziehung der Parteiensysteme Westeuropas hat vielmehr etwas mit der konzeptuellen Dimension der Untersuchung zu tun. Immerhin könnte ein mögliches Verblassen der Besonderheiten der post-kommunistischen Parteiensysteme im Zeitverlauf gegebenenfalls auch etwas mit der Veränderung der westeuropäischen Parteiensysteme zu tun haben. Umgekehrt wäre es, zumindest theoretisch, möglich, dass sich eine relative Intensivierung der von Mair identifizierten Besonderheiten der post-kommunistischen Parteiensysteme bei weitgehender Stabilität derselben primär aus einer entgegen gesetzten Entwicklungsdynamik der westeuropäischen Systeme ergibt.

Damit ist letztlich die Frage von Konvergenz und Divergenz der Parteiensystementwicklung in Europa angesprochen. Ohne ein beträchtliches Maß an heuristisch motivierter Vereinfachung kommt freilich auch eine solchermaßen dynamisierte und auf Differenzierung hin angelegte Bestandsaufnahme nicht aus. Bei allen greifbaren und im folgenden zu beleuchtenden grundlegenden Unterschieden zwischen den Parteiensystemen Ost- und Westeuropas sind die alten und jungen Demokratien Europas ihrerseits jeweils so unterschiedlich beschaffen, dass generalisierende Ost-West-Vergleiche nur um den Preis einer weitgehenden Ausblendung der „abweichenden Fälle" und gelegentlicher Verallgemeinerungen wie Zuspitzungen zu haben sind.

Der nächste Abschnitt resümiert in knapper Form die Befunde Peter Mairs, auf denen die weiteren Teile der Untersuchung aufbauen. Im Zentrum des darauf folgenden Abschnittes steht die Analyse der Veränderungen und Entwicklungsdynamiken, zu denen es seit Mitte der neunziger Jahre gekommen ist. Ergänzt wird dieser Teil durch eine kurze vergleichende Beleuchtung der „Europäisierung" der Parteiensysteme in Ost und West. Sie ist mit dem Hauptfokus der Untersuchung in zweifacher Hinsicht theoretisch verbunden. Erstens sind Perspektiven auf die innenpolitischen Effekte der europäischen Integration mit Blick auf die Identifikation von Unterschieden zwischen einzelnen Ländern Osteuropas von Belang. Eine zentrale, oft formulierte Erwartung dabei lautet, dass jene Länder mit Mitgliedsstatus in der Europäischen Union über vergleichsweise stärker konsolidierte Parteiensysteme verfügen als Länder, die nicht Mitglied der Union sind. Im hier entwickelten Kontext erscheint ein zweiter, auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen west- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU bezogener Aspekt als wichtiger. So wurde in der internationalen Literatur verbreitet davon ausgegangen, dass die europäische Integration auf Seiten der unmittelbar von ihr betroffenen jungen Demokratien einen eigenständigen Konsolidierungsimpuls entfalten würde, der sich zudem in einer weiteren Annäherung zwischen den Parteiensystemen älterer und jüngerer EU-Mitgliedsstaaten bzw. „Kandidatenländern" niederschlagen werde. Beide Perspektiven sind in Abschnitt 4 zu berücksichtigen. Im letzten Abschnitt werden schließlich einige Probleme und Herausforderungen der künftigen Erforschung politischer Parteien und Parteiensysteme in Europa erörtert.

2. „What is Different about Post-Communist Party Systems?" – die Befunde Peter Mairs aus den neunziger Jahren

Anders als die Parteiensysteme Westeuropas entstanden die post-kommunistischen Parteiensysteme Osteuropas, wie Peter Mair aufzeigt, erst im Anschluss an den eigentlichen Demokratisierungsprozess, nach der erfolgten Etablierung von „*mass politics*", weshalb die Herausbildung dieser Parteiensysteme eher den Beginn einer Entwicklung als deren Abschluss verkörperte. Die wichtigste Auswirkung dieses Umstands besteht nach Einschätzung des Autors darin, dass es – im Gegensatz zu den Entstehungsbedingungen der westeuropäischen Parteiensysteme – in Osteuropa nicht zu einem weitgehenden „Einfrieren" von Konfliktlinien kam[3], welches den Durchbruch neuer parteipolitischer Alternativen strukturell erschwert hätte (Mair 1997, 180).

Zum Elektorat in den postkommunistischen Systemen Osteuropas stellt Mair fest, dass dieses, den Umständen entsprechend, hinsichtlich seiner Orientierungen vergleichsweise unbeständig sei – „a quite different type of electorate, an electorate which, almost by definition, is substantially more open and more available than those of the established democracies" (ebd., 181). Ihm ständen zudem Parteien gegenüber, die in auffallend geringem Maße in der Zivilgesellschaft verankert seien (und üblicherweise über entsprechend wenige Mitglieder verfügten), vielmehr nicht selten aus dem Parlament heraus auf Elitenebene gebildet worden seien und in binnenorganisatorischer Hinsicht häufig eine ausgeprägte „top-down"-Struktur aufwiesen (ebd., 183f.). Ferner attestiert der Autor den Parteien der Region ein ausgesprochen geringes Interesse, sich zu starken gesellschaftlich verankerten Parteienorganisationen weiterzuentwickeln. Die Abwesenheit einer erfolgreichen Herausforderung der Parteien dieses Typs durch eine echte Massenpartei lasse im Übrigen erwarten, dass sich die Eliteparteien auch mittel- bis langfristig behaupten (ebd., 184f.).

Hinzu kommen nach Mair mehrere bemerkenswerte Charakteristika der post-kommunistischen Parteiensysteme auf der Ebene des Wettbewerbskontexts („*context of competition*"), welche allesamt einer nachhaltigen Stabilisierung des Wahlverwaltens und damit auch einer strukturellen Konsolidierung der Parteiensysteme selbst entgegenständen (ebd., 187):

> *The political élites are less likely to be motivated by organizational loyalties and commitments, and are correspondingly more likely to resolve conflicts and/or to make political gains by either seceding and establishing separate parties, or by engaging in short-term mergers and alliances with other parties.*

Dies wird zum einen darauf zurückgeführt, dass die meisten neuen und entsprechend wenig institutionalisierten Parteien kaum in der Lage seien, potentielle Dissidenten aus ihren Reihen mit organisatorischen Sanktionen zu belegen; zum anderen sei die Bildung von Wahlallianzen und Parteizusammenschlüssen im gegebenen Kontext auch in elektoraler Hinsicht auffallend risikolos, da es kaum etablierte Identitäten gäbe, die in der Gefahr ständen untergraben zu werden (ebd., 188). Daneben weist Mair auf eine weitere Besonderheit des Wettbewerbskontextes hin, die darin besteht, dass Parteien im eigentlichen Sinne oftmals nur sehr schwer von den zahlreichen alternativen Assoziationen zu trennen seien und es gerade auf der Elitenebene deutlich mehr Offenheit und Dynamik als in den konsolidierten Demokratien Westeuropas gebe (ebd., 189). Schließlich bestehe ein wesentliches Kennzeichen des Wettbewerbskontextes in den post-kommunistischen Ländern darin, dass es ein außerordentlich hohes Maß an institutioneller Unsicherheit gebe, welches zeitlich weit über den Abschluss der Verfassungsgebungsprozesse hinausrei-

che und im Ergebnis zu fortwährenden Konflikten zwischen Parteien über Kompetenzen und Auslegungen von Verfassungsbestimmungen und damit letztlich zu einer Perpetuierung der Unsicherheit des Wettbewerbskontextes führe (ebd., 190).

Aus all dem – insbesondere aus der Unsicherheit des Wettbewerbskontextes wie aus der besonderen Relevanz und Reichweite zahlreicher Entscheidungen – folgerte Mair mit Blick auf die Wettbewerbsstruktur („*pattern of competition*“) der post-kommunistischen Demokratien, dass deren Eliten zumindest mittelfristig eher konflikt- als konsensorientierte Strategien verfolgen würden (ebd., 195):

> *In the contemporary post-communist democracies, there still remains a lot to play for. And this, in turn, may well mean that there is little real incentive to pursue a strategy of accommodation.*

Die von Mair beschriebenen Charakteristika können zu einer Reihe von Kernaspekten zusammengefasst werden, die sich mit Blick auf die Entwicklungen seit Mitte der neunziger Jahre aus vergleichender Perspektive untersuchen lassen. Als zentrale Strukturmerkmale der postkommunistischen Parteien bzw. Parteiensysteme wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ordnung erscheinen dabei:

- die weitgehende Abwesenheit starker und stabiler „parteigründender“ gesellschaftlicher Konfliktlinien,
- eine hohe Volatilität auf der Wählerebene,
- eine auffallende Neigung von Parteieliten, Allianzen mit anderen Parteien einzugehen bzw. sich von ihrer „Basispartei“ abzuspalten und neue Parteien zu gründen,
- eine geringe zivilgesellschaftliche Verankerung politischer Parteien, die sich insbesondere in bescheidenen Parteimitgliederzahlen und einer ausgeprägten Staatsorientierung von Parteien manifestiert,
- die Vorherrschaft von Eliteparteien mit einer ausgeprägten „top-down“-Struktur,
- eine vor allem aus der Unsicherheit der Wettbewerbsstruktur heraus resultierende ausgeprägte Konfliktorientierung des Parteienwettbewerbs,
- eine geringe strukturelle Differenz zwischen politischen Parteien und anderen Interessengruppen bzw. -vereinigungen.

3. Kontinuität und Wandel der Besonderheiten post-kommunistischer Parteiensysteme im Lichte der jüngeren Forschung

Mit Blick auf die Ausprägungen und Bedeutung gesellschaftlicher Konfliktlinien wurde früh die These formuliert, dass nicht nur die Spezifika des Demokratisierungsprozess in den heute postkommunistischen Systemen für eine geringere Rolle von Konfliktlinien als Basis des Parteienwettbewerbs verantwortlich seien, sondern zugleich von spezifischen Folgen kommunistischer Herrschaft auszugehen sei. Viele AutorInnen gingen dabei davon aus, dass der Kommunismus historisch gewachsene gesellschaftliche Konfliktformationen gleichsam „ausradiert“ habe (etwa Ost 1993; Lawson et al. 1999). Auf entsprechende Positionen trifft man auch in der jüngeren Literatur, so bei Margit Tavits (2005, 295f.):

> *The fact that the general effect of social cleavages on voting behaviour is not very strong indicates that the communist past in itself may have an influence on the voting behaviour in new democracies. That is, the fact that the communist system effectively worked to erase social cleavages may account for the high level of electoral volatility in the region today.*

Den unterschiedlichen Varianten von „tabula rasa"-Interpretationen wurde zum Teil bereits in den neunziger Jahren energisch widersprochen, auf breiter empirischer Basis vor allem von Kitschelt, Mansfeldova, Markowski und Tóka (1999). Über den konkreten Einfluss „vor-kommunistischer Strukturen" existieren jedoch nach wie vor wenige empirisch gesicherte Erkenntnisse. So kommt James Toole (2007) in seiner empirischen Drei-Länder-Studie über Polen, Ungarn und die Tschechische Republik zwar zu dem Ergebnis, dass die älteren historischen Fundamente der post-kommunistischen Parteiensysteme vermutlich eine erheblich größere Rolle spielen als weithin angenommen; allerdings ist ein maßgeblicher Einfluss dieser älteren Strukturen auch in seiner Untersuchung nur in Einzelfällen, so bei den nationalistischen Parteien Polens und Ungarns, deutlich greifbar (ebd., 558).

Wie Stephen Whitefield zu recht bemerkt, hängt der empirische Nachweis von „*cleavages*" nicht zuletzt vom konkret zugrunde gelegten Begriffsverständnis ab (Whitefield 2002; vgl. dort die Diskussion unterschiedlicher Verständnisse). Auf der Basis einer Definition, die darunter „strongly structured and persistent lines of salient social and ideological division among political important actors" (ebd., 181) versteht, gelangten Whitefield und Evans (2000) in einer aufwendigen Studie zu dem Ergebnis, dass in den post-kommunistischen Ländern gesellschaftliche Konfliktlinien bestehen, die für die elektorale Dimension des Parteienwettbewerbs eine beträchtliche Relevanz besitzen.

Andere Studien suggerieren, dass die sozialen Konfliktlinienformationen in den jungen Demokratien Osteuropas denen in den älteren Demokratien (Westeuropas, Nordamerikas sowie Israels und Neuseelands) keineswegs vollständig unähnlich sind. Religion und der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital bilden hier wie dort die zentralen Konfliktlinien, denen eine wichtige Bedeutung für die Gründung politischer Parteien und die Ausgestaltung der grundlegenden Konfliktstruktur zukommt (McAllister/White 2007, 211).[4] Allerdings gibt es (zusätzlich zu den zum Teil fundamental unterschiedlichen Konfliktlinienstrukturen von Ländern innerhalb einer Gruppe) auch spezifische Unterschiede, von denen einige insbesondere aus einer diachronen Vergleichsperspektive ins Auge fallen, die auf dem Entstehungs- bzw. frühen Konsolidierungsstadium von Parteiensystemen liegt (ebd., 212):

> *The social cleavages of the emerging democracies appear to have avoided the territorial conflicts based on urban-rural and centre-periphery divisions which were common in the established democracies in the early part of the twentieth century.*

Eher noch bemerkenswerter erscheint ein anderer Unterschied: Im Vergleich mit den älteren Demokratien des Westens verfügen die Parteien der berücksichtigten osteuropäischen Länder[5] offenbar über vergleichsweise geringere Kapazitäten, soziale Konfliktlinien wirkungsvoll auf der Ebene des Parteiensystems zu repräsentieren.[6] Zu diesem Ergebnis gelangen McAllister und White auf der Grundlage eines Vergleichs der Selbstpositionierungen von WählerInnen auf der Links-Rechts-Skala und der im Rahmen von ExpertInnenbefragungen ermittelten Position der Parteien[7], wobei sie davon ausgehen, dass die Effektivität von Parteien bei der Repräsentation sozialer „*cleavages*" umso höher ist, je größer die Übereinstimmung zwischen beiden Werten

ist. Bei diesem Vergleich schneiden die Parteien der osteuropäischen Länder im Durchschnitt signifikant schlechter ab als die Parteien der älteren Demokratien (ebd., 209f.).

Die von Mair konstatierte geringere Bedeutung von mehr oder minder stabilen und damit das Parteiensystem (wie das demokratische System insgesamt) stabilisierenden Konfliktlinien in den post-kommunistischen Ländern Mittelost- und Osteuropas zeigt sich jedoch auch mehr als anderthalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ordnungen vor allem in Gestalt eines mehrheitlich bedeutend höheren Volatilitätsgrades auf der Ebene des Wahlverhaltens von BürgerInnen.[8] Im Durchschnitt von vier Wahlen nach 1990 liegen die gemessenen Volatilitätswerte in den mittel- und osteuropäischen Ländern erheblich über jenen für Westeuropa (Lane/Ersson 2007, 98ff.). Besonders hohe Werte kennzeichnen einige der weit östlich gelegenen Länder wie Russland oder die Ukraine, oder auch Lettland und Litauen.

Die Erklärungskraft der Variable „Region" ist groß, jedoch nicht absolut. So gibt es relativ hohe Durchschnittswerte von zum Teil deutlich über 20 Prozent auch in einigen Ländern Westeuropas (Italien, Niederlande), während einige der mittelosteuropäischen Länder (wie Kroatien oder Tschechien) im Durchschnitt der ersten vier Wahlen nach 1990 unterhalb der 20 Prozent-Marke blieben. Die Extremwerte sind jedoch wiederum sehr deutlich auf die unterschiedlichen Regionen verteilt: Werte von unter 10 Prozent (im Durchschnitt der ersten vier Wahlen nach 1990) wurden ausschließlich von Mitgliedern der Gruppe westeuropäischer Länder erreicht (etwa Griechenland, Schweiz, Deutschland, Großbritannien); umgekehrt kam im Durchschnitt kein einziges der westeuropäischen Länder auf Werte von über 30 Prozent wie es in einigen Ländern Osteuropas (wie Russland, der Ukraine, Moldawien und den baltischen Republiken) durchaus üblich ist.

In den wenigsten Ländern gibt es einen ausgeprägt linearen Entwicklungstrend. Insbesondere von einer jüngeren Tendenz zur Auseinanderentwicklung kann mit Blick auf die Entwicklungen in Westeuropa und Mittelosteuropa aber kaum gesprochen werden. Sinkenden Volatilitätsraten in Ländern wie Kroatien, Tschechien oder auch Rumänien standen Zuwächse an Volatilität in mehreren westeuropäischen Ländern (etwa Italien, Österreich, Belgien, Norwegen) gegenüber. Allerdings gilt auch mit Blick auf die konkreten Zahlen für die jeweils vierte Wahl nach 1990, dass ausgeprägte regionale Unterschiede fortbestehen und kaum ein Land außerhalb Westeuropas (Ausnahmen bilden Kroatien und Rumänien) Werte von unter 15 Prozent erreicht.[9]

Die jüngere Forschung hat die von Mair konstatierte auffallende Neigung von Parteieliten, Allianzen mit anderen Parteien einzugehen bzw. sich von ihrer „Basispartei" abzuspalten im spezielleren Kontext der Entwicklung von Volatilität studiert. Die große Bedeutung von Parteien, die entweder Abspaltungen vergleichsweise etablierter Parteien oder Neugründungen bereits etablierter Politiker darstellen kommt dabei indirekt darin zum Ausdruck, dass die in vielen osteuropäischen Ländern bis auf weiteres außerordentlich hohen Volatilitätswerte offenbar nur in sehr geringem Maße als Ergebnis und Indikator einer massenhaften Entstehung „genuin neuer Parteien" angesehen werden können. Tatsächlich hat sich die Erfolgsquote dieser Parteien – gemessen am Gewinn parlamentarischer Mandate – seit den frühen neunziger Jahren deutlich verringert (Sikk 2005). Ein erheblicher Teil der nach wie vor sehr hohen elektoralen Volatilität in der Region kann deshalb der ausgeprägten Fluktuation in der Kategorie „nicht wirklich neuer" Akteure des Parteiensystems zugeschrieben werden.

Die von Mair identifizierte geringe zivilgesellschaftliche Verankerung der politischen Parteien der post-kommunistischen Länder, welche sich vor allem in bescheidenen Parteimitgliederzahlen manifestiert, und die entsprechend stark ausgeprägte Staatsorientierung der Parteien

sind zentrale Merkmale der Parteiensysteme Mittelost- und Osteuropas geblieben. Allerdings konnte die jüngere Forschung auch mit Blick auf diese Aspekte der Parteiensystementwicklung das Bild differenzieren. Für den tschechischen Fall argumentierten jüngst Lukáš Linek und Štěpán Pecháček (2007), dass den dort ansässigen Parteien schwerlich ein mangelndes Interesse an der Entwicklung zu „Mitgliederparteien" nachzuweisen sei, diese vielmehr gezielt danach gestrebt hätten, Parteimitgliedschaften so attraktiv wie möglich zu machen. Das Ergebnis dieser Bemühungen blieb freilich ähnlich bescheiden wie in den meisten anderen Ländern der Region.

Nach den Daten des „European Social Survey" (ESS) von 2002/3 und 2004/5, bei dem neben 17 westeuropäischen Ländern auch sechs mittelost- bzw. osteuropäische Länder (Tschechien, Estland, Ungarn, Polen, die Slowakei und Slowenien) berücksichtigt wurden, konnten die Parteien in der Mehrzahl der einbezogenen jungen Demokratien ihren ausgesprochen bescheidenen Organisationsgrad nicht einmal halten. Für die genannten sechs Länder lag der Anteil der Parteimitglieder an der Gesamtheit der Wahlberechtigten im Durchschnitt bei unter zwei Prozent. In einigen der westeuropäischen Länder (so in Spanien, Griechenland und Luxemburg und den Niederlanden) kam es hingegen zu einem leichten Anstieg der Mitgliederzahlen. In nicht weniger als fünf Ländern dieser Gruppe (Österreich, Deutschland, Großbritannien, Portugal, Schweden, Schweiz) hatten die Parteien jedoch ebenfalls einen (unterschiedlich starken) Mitgliederschwund zu verzeichnen; in den übrigen berücksichtigten Ländern gab es keine nennenswerten Veränderungen (Scarrow/Gezgor 2006, 19). Der durchschnittliche Anteil von Parteimitgliedern gemessen an der Gesamtheit der Wahlberechtigen lag in den 15 westeuropäischen Ländern, die im ESS von 2004/5 ausgewiesen waren, bei 6,8 Prozent. Hervorhebenswert ist jedoch die Tatsache, dass es mit Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Portugal mehrere westeuropäische Länder gibt, in denen die Werte zwischen zwei und drei Prozent und damit nur geringfügig über den Zahlen für die berücksichtigten Länder Mittelost- bzw. Osteuropas liegen (ebd.).[10]

Nach einem großzügigen Verständnis ließe sich ferner die Höhe der Wahlbeteiligung in einem Gemeinwesen als Indikator des Ausmaßes an „gesellschaftlicher Verankerung von Parteien" werten. Auch mit Blick auf dieses Kriterium kann für Mittelost- und Osteuropa von einer, im Vergleich zu Westeuropa, sehr geringen gesellschaftlichen Verankerung politischer Parteien gesprochen werden (Siaroff/Merer 2002; Franklin 2002). Da die jüngere Entwicklungskurve in beiden Regionen in Richtung fallender Wahlbeteiligung zeigt, ist es nicht zu einer Verringerung der ausgeprägten Differenzen zwischen Ost und West gekommen. Regionen übergreifende Gemeinsamkeiten gibt es jedoch im Hinblick auf die Beteiligungsrate unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen innerhalb von Systemen, darunter insbesondere die deutlich höhere Partizipation älterer Wahlberechtigter (Goerres 2007; Fieldhouse et al. 2007).

Der vergleichsweise geringen bzw. sogar noch weiter nachlassenden gesellschaftlichen Verankerung der Parteien in Mittelost- bzw. Osteuropa entspricht auch gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts deren auffallendes Naheverhältnis zum Staat. Dieses betrifft sowohl die Ebene öffentlicher Parteienfinanzierung als auch jene staatlicher Regelungen des Parteiwesens in Form von Parteigesetzen (van Biezen 2004). Beinahe alle osteuropäischen Länder erwähnen die politischen Parteien zudem ausdrücklich in ihrer Verfassung, während dies innerhalb Westeuropas keineswegs den „Normalfall" darstellt (Kopecký 2006a, 265).[11]

Die geringe gesellschaftliche Verankerung der Parteien in Mittelost- bzw. Osteuropa und deren starke Bindung an bzw. Abhängigkeit vom Staat bilden offensichtlich zwei Seiten derselben Medaille. Für ein angemessenes Verständnis ist es jedoch wichtig, die temporalen und kausalen Zusammenhänge im Blick zu behalten: Tatsächlich standen öffentliche Mittel den

Parteien in den jungen Demokratien in aller Regel von Beginn an, oftmals noch vor den ersten demokratischen Wahlen, zur Verfügung. Damit wurde ein in der älteren Entwicklungsgeschichte politischer Parteien zentraler Anreiz, möglichst enge strukturelle Beziehungen zur Zivilgesellschaft aufzubauen, gleichsam im Keim erstickt. Der direkt verfügbare Zugang zu Massenmedien als funktionalen Äquivalenten der Parteiorganisation auf der Ebene der Wählermobilisierung und politischen Kommunikation tat ein Übriges, um den Aufbau mitgliedsstarker Parteiorganisationen verzichtbar erscheinen zu lassen (van Biezen 2006).

Von entsprechend großer Tragweite erscheinen diese strukturellen Unterschiede gegenüber den historischen Bedingungen der Parteienentwicklung in den älteren westeuropäischen Ländern aus breiterer Vergleichsperspektive (ebd., 219):

> *At the risk of oversimplification, the process for the old democracies might be summarized as 'a movement from society towards the state'. Parties in new democracies, by contrast, started out as 'parties in the state' which subsequently expanded their organizations beyond the confines of state institutions and reached out, although often only minimally, towards society.*

Interessanter noch ist die Einschätzung der generellen Entwicklungsrichtung der ost- und westeuropäischen Parteien- bzw. Parteiensysteme durch dieselbe Autorin (ebd., 220):

> *Although parties in old and new democracies may be seen to converge … it might be the parties in the Western European polities that are developing towards the standard currently set by the new democracies rather than the other way round.*

Eine Tendenz zur Angleichung zwischen West und Ost scheint es in gewissem Rahmen auch auf der Ebene innerparteilicher Machtstrukturen zu geben. Der auffallend bescheidenen gesellschaftlichen Verankerung der mittelosteuropäischen Parteien und deren extremer Staatsorientierung entspricht ein Typus der Parteiorganisation mit ausgeprägter „top-down"-Struktur, den viele Beobachter mit Variationen im Detail auch für die Parteien der westeuropäischen Länder als typisch ansehen. Freilich kann man dabei kaum von einer „Vorbildrolle" oder „Leitfunktion" der Parteien in den jungen Demokratien Mittelosteuropas sprechen. Immerhin wurde der Typus der mitgliederarmen „*electoral professional party*" (Panebianco 1988: 264ff.) schon vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime im Rahmen des Studiums von grundlegenden Entwicklungstendenzen westeuropäischer Parteien identifiziert.[12]

Abgesehen davon gibt es eine Reihe greifbarer Unterschiede der Parteiorganisationen im westlichen und östlichen Europa. Die Parteien einiger der mittelosteuropäischen Länder wie Ungarn und Tschechien räumen den außerparlamentarischen Parteiorganisationen auf der Ebene von Parteistatuten, zum Teil aber auch im Hinblick auf finanzielle und humane Ressourcen, eine auffallende Vorrangstellung ein (van Biezen 2006, 175f.). Dies bildet ein Strukturmuster, das zum einen im auffallenden Gegensatz zu den einflussreichen Annahmen Maurice Duvergers steht, nach dem die konkreten historischen Entstehungsbedingungen von Parteien ihren Niederschlag in der formalen und informalen innerparteilichen Machtstruktur derselben finden (Duverger 1959, 12ff.). Demnach wäre für die Parteien der jungen Demokratien ein eindeutiges Übergewicht der in Regierung und Parlament repräsentierten Parteigliederungen zu erwarten. Zum anderen markiert diese Tendenz einen Gegensatz zum dominanten Entwicklungstrend der innerparteilichen Machtorganisation in vielen Ländern Westeuropas, wo es im Anschluss an einer längere Phase

des Machtzuwachses der außerparlamentarischen Partei in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer nachhaltigen Stärkung der Fraktionen innerhalb der Parteiorganisation gekommen ist (Helms 2000; Heidar/Koole 2000).

Die von Mair beobachtete geringe strukturelle Differenz bzw. Differenzierung zwischen Parteien und anderen Gruppierungen ist ein wichtiges Merkmal der jungen Demokratien geblieben. Im Hinblick auf manche Aspekte gilt dies freilich vor allem für die nicht an der Regierung beteiligten bzw. nicht im Parlament vertretenen Parteien. Hinsichtlich etwa ihres Rechtsstatus sind jedoch selbst viele von ihnen vergleichsweise besser gestellt als andere politisch-gesellschaftliche Gruppierungen. Weniger eindeutig ist das Bild mit Blick auf den Stellenwert der politischen Parteien als Agenten politischer Repräsentation. Dabei gilt: Ausnahmen bestätigen die Regel. So unterstreicht Susanne Jungerstam-Mulders in einem der wenigen jüngeren Beiträge, die sich um systematische Differenzierung zwischen den Ländern der Region bemühen, die diesbezügliche Sonderstellung Tschechiens (2006, 235; vgl. Kopecký 2006b):

> *Czech parties have a virtual monopoly over representation and interest articulation in society, whereas alternative social movements, trade unions etc. are weak or non-existent. Though this goes for all post-communist EU countries to some extent, the Czech parties appear to hold a power monopoly which is not only present, but is also less questioned among the electorate than elsewhere.*

Nach weithin einhelliger Auffassung stellt Ungarn das einzige weitere Land der Region dar, das durch eine ähnlich weit reichende Konsolidierung des Parteiensystems und der Parteiendemokratie gekennzeichnet ist wie Tschechien (Enyedi 2006). Ein auffallend geringes Maß an Konsolidierung und Stabilität kennzeichnet unter den mittelosteuropäischen Ländern dagegen vor allem Polen, obwohl es gemessen an der Situation während der ersten Hälfte der neunziger Jahre auch dort greifbare Konsolidierungsfortschritte gab, die jedoch zum Teil vorübergehender Natur waren (Markowski 2002; Szczerbiak 2006). Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom Herbst 2007 stehen die Chancen auf die Herausbildung eines stärker bipolar geprägten Parteiensystems in Polen möglicherweise besser als jemals zuvor in der post-kommunistischen Entwicklungsgeschichte des Landes.

4. „Europäisierung" als Katalysator der Konvergenz?

In Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Begriffsverständnissen und Konzeptualisierungen wird unter „Europäisierung" hier die Gesamtheit der Rückwirkungen der europäischen Integration auf die Parteiensysteme der EU-Mitgliedstaaten verstanden.[13] Wie in den übrigen Abschnitten, wird auch in diesem Teil des Beitrags eine „asymmetrische Vergleichsperspektive" entwickelt, welche vor allem auf den Zustand bzw. die jüngere Entwicklung der mittelost- bzw. osteuropäischen Parteiensysteme gerichtet ist.

In einem viel beachteten Beitrag über die „Europäisierung" der westeuropäischen Parteiensysteme wurde die These vertreten, dass Parteiensysteme – zumindest was die direkten Effekte der Europäischen Integration beträfe – vermutlich die wandlungsresistentesten Strukturen von Regierungssystemen darstellten, sowohl mit Blick auf deren „Format" als auch deren „Mechanik" (Mair 2000).[14] Auch Studien über die „Europäisierung" der Parteiorganisationen in ausgewählten westeuropäischen Ländern gelangten zu dem Befund, die parteibezogenen innenpolitischen

Effekte der europäischen Integration seien alles in allem „*limited and patchy*“ (Aylott et al. 2007, 208). Vor diesem Hintergrund betrachtet ist es bemerkenswert, dass viele AutorInnen mit Blick auf die Parteiensysteme in der östlichen Hälfte Europas von einem erheblichen – und bezogen auf Aspekte der demokratischen Konsolidierung der Region nachhaltig positiven – Effekt der europäischen Integration ausgingen, dem gleichsam die Funktion einer zentralen Triebfeder struktureller Konvergenz zwischen Ost und West zuwachsen würde (Kostelecký 2002; Pridham 2002).

Das in der jüngeren Literatur gezeichnete Bild der „Europäisierung“ der mittelosteuropäischen Parteiensysteme entspricht dem verbreitet erwarteten Maß an integrationsbedingter „Verwestlichung“ nur bedingt. Wie in anderen Bereichen politischer Systeme erzeugte der eigentümliche Weg, auf dem die jungen Demokratien Mittelosteuropas in die Europäische Union gelangten, vielfach spezifische Effekte, die so im Westen kaum zu beobachten waren bzw. sind (Grabbe 2006; Börzel/Sedelmeier 2006; Schimmelfenning/Sedelmeier 2005).

Den vermutlich wichtigsten unmittelbaren Effekt der Europäisierung der jungen Demokratien Mittelosteuropas bildet die faktische Beschränkung des Parteienwettbewerbs, die sich vor allem aus dem Zwang zur bedingungslosen Übernahme des umfangreichen „*acquis communautaire*“ als Voraussetzung für einen Beitritt zur EU ergab. „For some years the evolution of CEE party competition was strongly constrained by Western blueprints and took on a markedly technocratic character“ (Lewis 2006, 11). Dies zeitigte sehr unterschiedliche Sekundäreffekte: Zum einen begünstigte das alles überragende gemeinsame Ziel des EU-Beitritts Kooperationen zwischen Parteien, die unter anderen Umständen vermutlich kaum miteinander verkehrt hätten (Enyedi/Lewis 2006, 234). Anders als von einigen Beobachtern erwartet, resultierte daraus jedoch keine dauerhaftere „Entschärfung” des Parteienwettbewerbs. Das allgemeine politische Klima in den Parteiensystemen Mittelosteuropas ist alles in allem deutlich stärker konfliktgeprägt geblieben als in den meisten westeuropäischen Parteiensystemen – ein Umstand, der umso mehr ins Auge fällt, als die dominante Entwicklungstendenz in den Parteiensystemen Westeuropas dem Muster „mehr Pluralität – weniger Polarisierung“ entspricht (Stöss et al. 2006, 32).[15] Eine für die Institutionalisierung der liberalen Demokratie (im Sinne der gesellschaftlichen Internalisierung liberal-demokratischer Grundwerte) unverzichtbar erscheinende signifikante Verbreiterung des politisch-gesellschaftlichen Basiskonsenses ist bislang nur in bescheidenen Ansätzen gelungen, am ehesten in einigen der weit westlich gelegenen Länder der Region (Fuchs/Klingemann 2006; Pickel et al. 2006; Helms 2007b).

Statt einer Verbreiterung bzw. Vertiefung des politisch-gesellschaftlichen Basiskonsenses sind vielmehr einige unerwünschte Effekte und Spätfolgen der integrationsbedingten Beschränkung des Parteienwettbewerbs erkennbar. Dazu zählt die Schwächung einer demokratischen Streitkultur auf der Ebene des Parteiensystems, in der auch radikalere Positionen der Parteibasis ihren Platz finden, die kaum Aussicht haben, zum Kernprogramm der Partei zu werden (Innes 2002, 101f.). Ferner führte der mehr oder minder ganz auf das Ziel des EU-Beitritts ausgerichtete Elitenkonsens dazu, dass es aus Sicht der WählerInnen auf Jahre hin einen Mangel an Wahlalternativen gab, der kaum geeignet war, das Vertrauen der BürgerInnen in die strukturelle Problemlösungsfähigkeit repräsentativ-demokratischer Systeme zu befördern. Tatsächlich belegen Studien, dass das Vertrauen der BürgerInnen der post-kommunistischen Systeme in die politischen Parteien und – gravierender noch – in das Konzept der Parteiendemokratie insgesamt im Zeitverlauf deutlich abgenommen hat (Wessels/Klingemann 2006, 42).

Auch auf der Ebene von Euroskeptizismus und Europafeindlichkeit politischer Parteien lassen sich Unterschiede zwischen West und Ost erkennen. „There are higher levels of support

for Eurosceptic parties in CEE than in older member states", wie Paul Lewis (2006, 12) bemerkt,

> *while parties expressing soft Eurosceptic views occupy a more central place in their party systems than those in long-standing member states. In view of the solid pro-Europe, pro-Western consensus of early post-communist CEE, the expression of anti-EU sentiments in the countries of the region is indeed more likely to manifest itself in terms of scepticism and the moderation of pro-Europeanism than outright opposition.*

Es gibt wenige Länder, die als eindeutiges Gegenbeispiel taugen. Dazu gehört zweifellos vor allem Polen, wobei es sich beim Euroskeptizismus der meisten polnischen Parteien möglicherweise eher um ein taktisch motiviertes als um ein ideologisch basiertes und von daher gegebenenfalls nicht sehr langlebiges Phänomen handelt (Gaisbauer 2007).

Europäisierungseffekte auf der Regierungsebene (im Hinblick auf Regierungszusammensetzung und -stabilität) sind weniger eindeutig als vielfach angenommen. Es lassen sich positive und negative Wirkungen identifizieren. Mit Blick auf die demokratische Qualität der Regierung bzw. der maßgeblichen Regierungspartien erscheint die Slowakei als „Paradefall" eines positiven Einflusses der europäischen Integration. Vielen gilt die Slowakei als jenes Land der Region, in dem es auf der Grundlage und als Ergebnis der strengen „Konditionalitätspolitik" der EU zu einer geradezu dramatischen ideologisch-programmatischen Umorientierung der stärksten Partei und einer deutlichen Veränderung der Koalitionsbildungsparameter kam (Henderson 2006). Beispiele für eine vergleichbar radikale, im engeren Sinne EU-bedingte Beschränkung von Koalitionsalternativen lassen sich für die älteren Mitgliedstaaten nicht finden. Speziell mit Blick auf die Koalitionsstabilität kann dagegen für Polen von einem nachhaltig negativen Effekt des EU-Beitritts bzw. der EU-Mitgliedschaft des Landes gesprochen werden (Grotz 2007, 120f.).

Selbst einige der auf das Innenleben von Parteien bezogenen Effekte der europäischen Integration stellen sich für die neuen EU-Mitgliedstaaten anders dar als für die älteren. Zwar scheinen einige Parteien durch den integrationsbedingten Zuwachs an Kooperation und Information durchaus profitiert zu haben (wobei analog zu den Erfahrungen anderer Länder davon auszugehen ist, dass die innenpolitischen Rückwirkungen der Integration Regierungs- und Oppositionsparteien auf sehr unterschiedliche Weise bzw. in unterschiedlichem Maße betreffen; vgl. Ladrech 2007). Gleichzeitig wurden jedoch auch spezifische „*brain drain*"-Effekte – die Abwanderung führender Köpfe in die politischen Entscheidungszentren der Union – berichtet (Enyedi/Lewis 2006, 234), für die es in den westeuropäischen Mitgliedstaaten mit ihrem zumeist deutlich größeren Pool an Berufspolitikern kein echtes Äquivalent gibt.

Trotz der Vielfalt und teilweisen Widersprüchlichkeit von Europäisierungseffekten ist offensichtlich, dass jene Länder Osteuropas, die Mitglied der Europäischen Union sind im großen und ganzen über stärker konsolidierte Parteiensysteme und politische Systeme insgesamt verfügen als die zumeist weiter östlich gelegenen Länder der Region ohne EU-Mitgliedschaft. Allerdings gibt es auch dabei Ausnahmen und zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Ländern einer Gruppe. Die augenfälligste Ausnahme im Hinblick auf die „repräsentative Konsolidierung" (worunter nicht nur die Parteiensysteme, sondern zugleich die Verbände und Interessengruppen gefasst werden) betrifft Kroatien, das im Rahmen eines 18-Länder-Vergleichs Platz 4 belegt – vor den EU-Staaten Rumänien, Bulgarien und Lettland. Immerhin vor zwei der drei genannten Länder (Bulgarien, Lettland) liegt auch Albanien.[16] Auffallend schlecht schneidet aus der Gruppe der EU-Mitgliedstaaten hingegen Lettland ab (Merkel 2007, 420).

5. Konklusion und Ausblick

Im Verhältnis der Entwicklungstendenzen der Parteien und Parteiensysteme im westlichen und östlichen Europa überwiegen insgesamt die Anzeichen einer moderaten Konvergenz. In vielen Bereichen – so bei der Volatilität, der Wahlbeteiligung oder auch beim gesellschaftlichen Organisationsgrad von Parteien – erscheinen die post-kommunistischen Länder dabei gleichsam als der Trendsetter. Allerdings handelt es sich bei vielen Entwicklungen, in denen die mittelost- bzw. osteuropäischen Länder den vielleicht bald schon gesamteuropäisch als „üblich" erachteten Standard setzen, um solche Aspekte der Parteien- bzw. Parteiensystementwicklung, die von den meisten BeobachterInnen als eher problematisch, zumindest wenig wünschenswert angesehen werden. Die eindeutig ausgeprägten Tendenzen überregionaler Konvergenz sind im Übrigen begrenzt. Das von Peter Mair beschriebene spezifische Struktur- und Funktionsprofil der post-kommunistischen Parteiensysteme ist weiterhin klar erkennbar. Auch die „Europäisierung", im Sinne der innenpolitischen Rückwirkungen der europäischen Integration, wirkt offenbar kaum als eindeutiger Katalysator einer Überwindung zentraler Unterschiede zwischen Ost und West.

Überblicksbeiträge wie dieser symbolisieren in ihrer Lückenhaftigkeit, dass die Entwicklung genuin „pan-europäischer Perspektiven" (Webb 2001) in der Parteienforschung (grundsätzlich ähnlich wie in anderen Bereichen) im Wesentlichen ein unerfülltes Programm geblieben ist. Diese voranzutreiben, muss ein ernsthaft verfolgtes Ziel bleiben, sofern sich die Politikwissenschaft nicht willfährig des Anspruchs begeben will, die grundlegenden politischen Entwicklungen im Europa des 21. Jahrhunderts kritisch zu begleiten.

Die methodologischen Probleme, die der Vergleichenden Regierungslehre aus der Internationalisierung nationalstaatlicher politischer Ordnungen und Prozesse erwachsen (das so genannte „Galtonsche Problem"), stellen sich im Falle der mittelosteuropäischen Länder in verschärfter Form. So erscheint es selbst im Rahmen anspruchsvoller Forschungsdesigns kaum möglich, die Wirkungen der europäischen Integration hinreichend streng vom Prozess der Demokratisierung der Region nach 1989 zu trennen (Lewis 2006, 10). Nicht wenige AutorInnen scheinen die „Rettung" in einer Konzentration auf die Europäische Union bzw. das politische System der EU zu sehen. Dabei ist es offensichtlich, dass das Studium von Prozessen auf der supra- bzw. transnationalen Ebene keinen akzeptablen Ersatz für das international vergleichende Studium unterschiedlicher europäischer Demokratien bildet.

Nicht zuletzt die angemessene Berücksichtigung politisch-kultureller und gesellschaftlicher Aspekte bleibt eine zentrale, bislang nur zum Teil erfüllte Forderung. Formale und informale Institutionen schaffen spezifische Anreize, welche die Präferenzen politischer Akteure prägen und sich im Allgemeinen in deren Handlungen manifestieren; sie sind jedoch weit davon entfernt, das politische Handeln von Akteuren zu determinieren. Das gilt ganz offenkundig auch für das Handeln von Parteien bzw. Parteieliten. Wäre dies anders, hätten sich angesichts der spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs in Mittelost- bzw. Osteuropa längst jene parteienübergreifenden, strukturell verfestigten „Kooperationsmuster" zwischen Parteien herausbilden müssen, die Richard Katz und Peter Mair als charakteristisch für staatszentrierte „Kartellparteien" erachten (Mair/Katz 1995, 17, 19). Wie auch Katz und Mair einräumten, kommt die Wirkung der zentralen institutionellen Faktoren (wie insbesondere die staatliche Parteienfinanzierung) jedoch nur dort voll zum Tragen, wo sie das politisch-rationale Kalkül von langjährigen Mitgliedern einer hochgradig professionalisierten politischen Klasse beeinflussen (ebd., 23).

Gerade diese Professionalisierung der politischen Eliten hat sich in Osteuropa bislang aber erst in Ansätzen herausgebildet. Die am vergleichsweise stärksten professionalisierten Eliten

finden sich in den kommunistischen Nachfolgeparteien, und gerade sie sind üblicherweise nur zum Teil in das demokratisierte Spiel um politische Macht und Einfluss integriert.[17] Bei der Suche nach Erklärungen für die vergleichsweise geringe Professionalisierung der demokratischen politischen Eliten in Osteuropa stößt man auch auf Faktoren, die mehr mit den Werthaltungen und Präferenzen von BürgerInnen als mit politischen Institutionen oder den Eliten selbst zu tun haben. So wurde das außerordentlich hohe Maß an elektoraler Volatilität, das die Region mit nur wenigen Ausnahmen kennzeichnet, als möglicher Ausdruck des Bestrebens gewertet, durch bewusste Diskontinuität der Wahlentscheidung das Ausmaß an Professionalisierung politischer Eliten möglichst gering zu halten (Best 2005, 38).

Dieses Beispiel unterstreicht die Notwendigkeit, bei allem Streben nach analytischer Differenzierung in unterschiedliche Ebenen und Sektoren den Blick für das größere Ganze zu bewahren. Zu einer besonderen Herausforderung wird dabei gerade im Rahmen von Ost-West-Vergleichen die Frage nach angemessenen Bewertungsstandards. Eine Bewertung der Entwicklungen in Osteuropa auf der Grundlage rein westeuropäischer Vergleichsmaßstäbe wird heute zu Recht überwiegend abgelehnt. Umgekehrt kann es ebenso wenig überzeugen, empirische Entwicklungsprozesse ausschließlich „aus sich selbst heraus" zu deuten und auf dieser Grundlage gleichsam eine „Unvergleichbarkeit" der studierten Objekte unterstellen. Einen Ausweg bieten abstraktere Analysekonzepte[18], die darauf verzichten, ein bestimmtes Land oder eine Gruppe von Ländern a priori zum ultimativen Vergleichsmaßstab zu erheben, aber gleichwohl generellere normative Elemente enthalten können. Die Entwicklung geeigneter Konzepte wird den Beitrag der Parteienforschung zum größeren Projekt der international vergleichenden Demokratieforschung auch künftig maßgeblich mitbestimmen.

ANMERKUNGEN

1 Für ihre großzügig-konstruktive Kritik an einer früheren Fassung des Beitrags schulde ich den anonymen GutachterInnen der ÖZP aufrichtigen Dank.

2 Bei der betreffenden Studie handelt es sich um Kapitel 8, „What is Different about Post-Communist Party Systems?", des großen Bandes „Party System Change: Approaches and Interpretations" (Mair 1997).

3 Die „freezing"-These in Bezug auf die westeuropäischen Parteiensysteme wurde bekanntlich von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (1967) formuliert.

4 Auch hinsichtlich des spezielleren Aspekts der Selbstverortung von WählerInnen auf der Links-Rechts-Achse gibt es grundlegende Gemeinsamkeiten zwischen den alten und den jungen Demokratien. In diesen wie jenen verortet sich der mit Abstand größte Teil von WählerInnen in der Mitte mit allerdings ausgeprägten Unterschieden hinsichtlich des Anteils von WählerInnen, die sich weder im „Mitte-Links"- noch im „Mitte-Rechts"-Bereich verorten. So ist der an den Außenpolen der Links-Rechts-Skala versammelte Anteil von WählerInnen in den jungen Demokratien Osteuropas erheblich größer als in den älteren Demokratien des Westens. Eine detaillierte, auf einzelne Länder konzentrierte Betrachtung der Datenlage zeigt jedoch, dass es alles in allem keine ausgeprägte Scheidelinie zwischen den neuen und alten Demokratien in Europa gibt (ebd., 202).

5 Dabei handelt es sich um: Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Slowenien und die Ukraine.

6 Wie Stefano Bartolini und Peter Mair hervorgehoben haben, kommt es zu einer Transformation sozialer Konflikte in Konfliktlinien, die zur Entstehung und Etablierung politischer Parteien führen nur dann, wenn diese entsprechend organisiert werden (Bartolini/Mair 1990, 216).

7 Dabei handelt es sich freilich um eine methodologische „Behelfskonstruktion", deren empirische Realisierung deutlich weniger aufwendig ist als ein „echter" Vergleich der Repräsentationskapazitäten von Parteien, welcher im osteuropäischen Kontext durch die geringe Stabilität von Parteiensystemen und deren hohen Fragmentierungsgrad zusätzlich erschwert würde.

8 In demokratietheoretischer Hinsicht gilt ein hinreichendes Maß an Stabilität von Parteiensystemen als zentral, da nur auf dieser Grundlage die spezifischen Vorzüge des Models verantwortlicher Parteienregierung erreichbar erscheinen. Als problematische Manifestation von elektoraler „Destabilisierung" betrachten die meisten AutorInnen jedoch nur dauerhaft umfangreiche Schwankungen zwischen unterschiedlichen „Allianzen" bzw. „Blöcken" eines Systems (Bartolini/Mair 1990; Kitschelt et al. 1999, 400; von Beyme 2000, 59f.).

9 Den wichtigsten Erklärungsfaktor für die auf Ost- und Westeuropa bezogen sehr unterschiedlich hohen Volatilitätswerte bilden nach Lane und Ersson kontextuelle Faktoren, darunter insbesondere das im östlichen Teil Europas deutlich geringere Niveau wirtschaftlicher Modernisierung (Lane/Ersson 2007, 106). Auf der Grundlage der Annahme, dass es in Mittelost- und Osteuropa in absehbarer Zukunft zu einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation kommen dürfte, prognostizieren die Autoren eine deutliche Abnahme elektoraler Volatilität in den betroffenen Ländern. Da die Autoren die im historischen Vergleich mehr oder minder deutlich angestiegene Volatilität in vielen Ländern Westeuropas gleichzeitig als ein bleibendes Phänomen einschätzen, attestieren sie ferner die Möglichkeit einer mittelfristigen Konvergenz der Stabilitätsgrade der Parteiensysteme in Ost- und Westeuropa (ebd.). Die Einschätzung der Autoren bezüglich der Dauerhaftigkeit einschlägiger Veränderungen besitzt in der einschlägigen Literatur eine breite Basis; vgl. etwa Dalton (2002). Freilich resultieren die steigenden Volatilitätswerte in Westeuropa jedoch nicht ausschließlich aus nachlassenden Loyalitäten von Wählern gegenüber „ihren" Parteien, sondern in erheblichem Maße zugleich aus dem Zusammenschmelzen sozialer Milieus (Best 2006).

10 Hinsichtlich ihrer strukturellen Merkmale unterscheiden sich die Mitgliedschaften westeuropäischer und osteuropäischer Parteien nur im Hinblick auf wenige Merkmale signifikant: Der sichtbarste Unterschied auf der demographischen Ebene betrifft das Alter von Parteimitgliedern in den alten und neuen Demokratien Europas. Während man angesichts der erst vor wenigen Jahren erfolgten Demokratiegründungsprozesse in Mittelost- und Osteuropa die theoretische Erwartung formulieren könnte, dass Parteimitglieder in den Ländern dieser Region eher jünger sein müssten als in Westeuropa, sind beinahe alle Parteien der jüngeren Demokratien durch, gemessen am Durchschnittsalter der Bevölkerungen, eher ältere Parteimitglieder gekennzeichnet. Gleichzeitig sind die Bildungsunterschiede zwischen Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern – konkret der Bildungsvorsprung des parteipolitisch organisierten Teils der Bevölkerung – in den jungen Demokratien stärker ausgeprägt als in Westeuropa (Scarrow/Gezgor 2006, 16f.).

11 Aus breiter vergleichender Perspektive fällt insbesondere der enge Zusammenhang zwischen einer rechtlichen bzw. verfassungsrechtlichen Anerkennung der Parteien und deren öffentlicher Finanzierung ins Auge. Sowohl in der Wahrnehmung der politischen Eliten wie der breiteren Öffentlichkeit bildet die rechtliche Anerkennung der Parteien gleichsam die Basis für umfangreiche staatliche Subventionen der Parteien (Helms 2007a, 76ff.).

12 Am Rande sei angemerkt, dass viele der zahlreichen Krisenszenarien, die den Untergang der „Mitgliederpartei" in Westeuropa zum Gegenstand haben, bei genauerem Hinsehen als haltlose Übertreibung erscheinen. Vgl. in diesem Sinne kritisch Smith (2003); weit ausgreifend Wiesendahl (2006).

13 Ein solches Verständnis kann heute als mehrheitlich akzeptiert gelten; vgl. Featherstone (2003, 7); Vink (2003). Hiervon abweichende Verständnisse von „Europäisierung" begreifen diese zumeist als eine regional spezifizierte Form der Supra- bzw. Transnationalisierung.

14 Damit sind freilich die von Sartori (1976) eingeführten Aspekte der Parteiensystemanalyse gemeint, wobei unter „Format" die Anzahl der relevanten Parteien in der elektoralen Arena, unter „Mechanik" die Wettbewerbsstruktur des Parteiensystems verstanden werden.

15 Zu den abweichenden Fällen innerhalb der Gruppe westeuropäischer Länder zählen mit Blick auf die Entwicklung der Polarisierung, gemessen an der Ausrichtung von Parteiprogrammen, Dänemark, Frankreich und Griechenland (Volkens/Klingemann 2005).

16 Kroatien belegt auch mit Blick auf die „Gesamtkonsolidierung", zu der bei Merkel neben der repräsentativen Konsolidierung die konstitutionelle Konsolidierung, die Verhaltenskonsolidierung und die Konsolidierung der politischen Kultur gerechnet wird, einen der vorderen Plätze (Rang 5). Etwas anderes gilt für Albanien, das in allen übrigen „Konsolidierungssektoren" im unteren Drittel der berücksichtigten Länder liegt (vgl. Merkel 2007, 423). Folgende Länder werden in der Studie von Merkel erfasst: Albanien, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien-Montenegro, Slowakei, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn.

17 Sie finden sich seltener als andere Parteien im Kreise der Regierungsparteien und schneiden auch bei der Verteilung von Regierungsämtern im Rahmen von Regierungskoalitionen deutlich schlechter ab als ihre Koalitionspartner (Druckman/Roberts 2007).

18 „*The need for concepts*" erscheint bei Rose (1991, 447) zu Recht als die zentrale Forderung an die Disziplin der international vergleichend ausgerichteten Regierungslehre.

LITERATURVERZEICHNIS

Aylott, Nicholas/Laura *Morales*/Luis *Ramiro* (2007). Some things change, a lot stays the same. Comparing the country studies, in: Thomas *Poguntke*/Nicholas *Aylott*/Elisabeth *Carter*/Robert *Ladrech*/Kurt Richard *Luther* (Hg.): The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaptation, London/New York, 190–210.

Bartolini, Stefano/Peter *Mair* (1990). Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885–1985, Cambridge.

Best, Heinrich (2005). Alter Wein in neuen Schläuchen? Politische Eliten und Zivilgesellschaften im postkommunistischen Osteuropa, in: Hartmut *Rosa*/Karl-Ulrich *Meyn* (Hg.): Bürgerbewusstsein und Demokratie in Mittel- und Osteuropa, Jena, 33–42.

Best, Robin (2006). Disloyalty or Diminishing Numbers? Party System Fragmentation and the Breakdown of Traditional Social Cleavages in Western Europe, Paper presented at the Annual Meeting of the Midwest Political Science Association in Chicago, IL, April.

Beyme, Klaus von (2000). Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden.

Biezen, Ingrid van (2004). Political Parties as Public Utilities, in: Party Politics, 10, 701–722.

Biezen, Ingrid van (2006). Political Parties in New Democracies. Party Organization in Southern and East-Central Europe, London.

Börzel, Tanja A./Ulrich *Sedelmeier* (2006). The EU Dimension in European Politics, in: Paul M. *Heywood*/Erik *Jones*/Martin *Rhodes*/Ulrich *Sedelmeier* (Hg.): Developments in European Politics, London, 54–70.

Dalton, Russell J. (2002). Political Cleavages, Issues, and Electoral Change, in: Lawrence *LeDuc*/Richard G. *Niemi*/Pippa *Norris* (Hg.), Comparing Democracies 2. New Challenges in the Study of Elections and Voting, London, 189–209.

Druckman, James N./Andrew *Roberts* (2007). Communist Successor Parties and Coalition Formation in Eastern Europe, in: Legislative Studies Quarterly, 33, 5–31.

Duverger, Maurice (1959). Die politischen Parteien, Tübingen.

Enyedi, *Zsolt* (2006). The Survival of the Fittest: Party System Concentration in Hungary, in: Susanne *Jungerstam-Mulders* (Hg.): Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems, Aldershot, 177–202.

Enyedi, Zsolt/Paul G. *Lewis* (2006). The Impact of the European Union on Party Politics in Central and Eastern Europe, in: Paul G. *Lewis*/Zdenka *Mansfeldova* (Hg.): The European Union and Party Politics in Central and Eastern Europe, London, 231–249.

Evans, Geoffrey A./Stephen *Whitefield* (2000). Explaining the Formation of Electoral Cleavages in Post-communist Democracies, in: Hans-Dieter *Klingemann*/Ekkehard *Mochmann*/Kenneth *Newton* (Hg.): Elections in Central and Eastern Europe: The First Wave, Berlin, 36–70.

Featherstone, Kevin (2003). Introduction: In the Name of 'Europe', in: Kevin *Featherstone*/Claudio M. *Radaelli* (Hg.): The Politics of Europeanization, Oxford, 3–26.

Fieldhouse, Edward/Mark *Tranmer*/Andrew *Russell* (2007). Something about young people or something about elections? Electoral participation of young people in Europe: Evidence from a multilevel analysis of the European Social Survey, in: European Journal of Political Research, Vol. 46 (6), 797–822.

Franklin, Mark N. (2002). The Dynamics of Electoral Participation, in: Lawrence *LeDuc*/Richard G. *Niemi*/Pippa *Norris* (Hg.): Comparing Democracies 2. New Challenges in the Study of Elections and Voting, London, 149–168.

Fuchs, Dieter/Hans-Dieter *Klingemann* (2006). Democratic Communities in Europe: A Comparison Between East and West, in: Hans-Dieter *Klingemann*/Dieter *Fuchs*/Jan *Zielonka* (Hg.): Democracy and Political Culture in Eastern Europe, London/New York, 25–66.

Gaisbauer, Helmut P. (2007). Euro-scepticism Revisited: Poland after EU Accession, in: Perspectives on European Politics and Society, 8, 55–72.

Goerres, Achim (2007). Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe, in: British Journal of Politics and International Relations, 9, 90–121.

Grabbe, Heather (2006). The EU's Transformative Power: Europeanization through Conditionality in Central and Eastern Europe, London.

Grotz, Florian, 2007. Stabile Regierungsbündnisse? Determinanten der Koalitionspolitik in Ostmitteleuropa, in: Osteuropa, 57, 109–122.

Heidar, Knut/Ruud *Koole* (Hg.) (2000). Parliamentary Party Groups in European Democracies: Political Parties Behind Closed Doors, London/New York.

Helms, Ludger (2000). Parliamentary Party Groups and Their Parties: A Comparative Assessment, in: The Journal of Legislative Studies, 6, 104–120.

Helms, Ludger (2007a). Die Institutionalisierung der liberalen Demokratie: Deutschland im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M./New York.

Helms, Ludger (2007b). Die politischen Kulturen Osteuropas: Vielfalt und Differenz, in: Osteuropa, 57, 13–26.
Henderson, Karen (2006). Slovak Political Parties and the EU: From Symbolic Politics to Policies, in: Paul G. *Lewis*/Zdenka *Mansfeldova* (Hg.): The European Union and Party Politics in Central and Eastern Europe, London, 149–168.
Innes, Abby (2002). Party Competition in Postcommunist Europe – The Great Electoral Lottery, in: Comparative Politics, 35, 85–109.
Jungerstan-Mulder, Susanne (2006). Party System Change in Post-Communist EU Member States, in: Susanne *Jungerstam-Mulders* (Hg.): Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems, Aldershot, 233–250.
Katz, Richard S./Peter *Mair* (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, 1, 5–28.
Kopecký, Petr (2006). The Rise of the Power Monopoly: Political Parties in the Czech Republic, in: Susanne *Jungerstam-Mulders* (Hg.): Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems, Aldershot, 125–146.
Kopecký, Petr (2006). Political Parties and the State in Post-Communist Europe: The Nature of Sybiosis, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 22, 251–273.
Kostelecký, Tomas (2002). Political Parties after Communism: Developments in East-Central Europe, Washington/Baltimore.
Ladrech, Robert (2007). Europeanization and national party organization. Limited but appropriate adaptation?, in: Thomas *Poguntke*/Nicholas *Aylott*/Elisabeth *Carter*/Robert *Ladrech*/Kurt Richard *Luther* (Hg.): The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaptation, London/New York, 211–229.
Lawson, Kay/Andrea *Römmele*/Georgi *Karasimeonov* (Hg.) (1999). Cleavages, Parties, and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania, Westport, CT.
Lane, Jan-Erik/Svante *Ersson* (2007). Party System Instability in Europe: Persistent Differences in Volatility between West and East?, in: Democratization, 14, 92–110.
Lewis, Paul G. (2006). The EU and Party Politics in Central and Eastern Europe: Questions and Issues, in: Paul G. *Lewis*/Zdenka *Mansfeldova* (Hg.), The European Union and Party Politics in Central and Eastern Europe, London, 1–19.
Lipset, Seymour M./Stein *Rokkan* (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignements: An Introduction, in: Seymour M. *Lipset*/Stein *Rokkan* (Hg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York, 1–64.
Linek, Lukáš/Štěpán *Pecháček* (2007). Low Membership in Czech Political Parties: Party Strategy or Structural Determinants? , in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 23, 259–275.
Mair, Peter (1997). Party System Change: Approaches and Interpretations, Oxford.
Mair, Peter (2000). The Limited Impact of Europe on National Party Systems, in: West European Politics, Vol. 23, 27–51.
Markowski, Radoslaw (2001). Party System Institutionalization in New Democracies: Poland – A Trend-Setter with no Followers, in: Paul G. *Lewis* (Hg.): Party Development and Democratic Change in Post-Communist Europe: The First Decade, London, 55–77.
McAllister, Ian/Stephen *White* (2007). Political Parties and Democratic Consolidation in Post-Communist Societies, in: Party Politics, 13, 197–216.
Merkel, Wolfgang (2007). Gegen alle Theorie? Die Konsolidiertung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift, 48, 413–433.
Ost, David (1993). The Politics of Interest in Post-Communist East Europe, in: Theory and Society, 22, 433–486.
Panebianco, Angelo (1988). Political Parties: Organization and Power, Cambridge.
Pickel, Gert/Detlef *Pollack*/Olaf *Müller*/Jörg *Jacobs* (Hg.) (2006). Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten, Wiesbaden.
Pridham, Geoffrey (2002). EU Enlargement and Consolidating Democracy in Post-communist States: Formality and Reality, in: Journal of Common Market Studies, 40, 953–973.
Rose, Richard (1991). Comparing Forms of Comparative Analysis, in: Political Studies, 39, 446–462.
Sartori, *Giovanni* (1976). Parties and Party Systems, Cambridge.
Schimmelfening, Frank/Ulrich *Sedelmeier* (Hg.) (2005). The Europeanization of Central and Eastern Europe, Ithaca, NY.
Scarrow, Susan E./Burcu *Gezgor* (2006). Trends in Party Membership and Membership Participation: Smaller Parties, Different Types of Members? Paper presented for Midwest Political Science Association Annual Meetings, Chicago, April 20–23, Internet: http://www.polsci.uh.edu/faculty/scarrow/research/#PAPERS_AND_ARTICLES
Siaroff, Alan/John W. A. *Merer* (2002). Parliamentary Election Turnout in Europe since 1990, in: Political Studies, 50, 916–927.
Sikk, Allan (2005). How unstable? Volatility and the genuinely new parties in Eastern Europe, in: European Journal of Political Research, 44, 391–412.

Smith, Gordon (2003). The Decline of Party?, in: Jack *Hayward*/Anand *Menon* (Hg.): Governing Europe, Oxford, 179–191.

Stöss, Richard/Melanie *Haas*/Oskar *Niedermayer* (2006). Parteiensysteme in Westeuropa: Stabilität und Wandel, in: Oskar *Niedermayer*/Richard *Stöss*/Melanie *Haas* (Hg.): Die Parteiensysteme in Westeuropa, Wiesbaden, 7–37.

Szczerbiak, Aleks (2006). Power without Love: Patterns of Party Politics in Post-1989 Poland, in: Susanne *Jungerstam-Mulders* (Hg.): Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems, Aldershot, 91–124.

Tavits, Margit (2005). The Development of Stable Party Support: Electoral Dynamics in Post-Communist Europe, in: American Journal of Political Science, 49, 283–298.

Toole, James (2007). The Historical Foundations of Party Politics in Post-Communist East Central Europe, in: Europe-Asia Studies, 59, 541–566.

Vink, Maarten, (2003). What is Europeanisation? and Other Questions on a New Research Agenda, in: European Political Science, Vol. 3 (1), 63–74.

Volkens, Andrea/Hans-Dieter *Klingemann* (2005). Parties, Ideologies and Issues. Stability and Change in Fifteen European Party Systems 1945–1998, in: Kurt Richard *Luther*/Ferdinand *Müller-Rommel* (Hg.): Political Parties in the New Europe, Political and Analytical Challenges, Oxford, 143–167.

Webb, Paul (2001). Introduction: Pan-European Perspectives on Political Parties, in: Perspectives on European Politics and Society, 2, 349–354.

Wessels, Bernhard/Hans-Dieter *Klingemann* (2006). Parties and Voters – Representative Consolidation in Central and Eastern Europe?, in: International Journal of Sociology, Vol. 36 (2), 11–44.

Wiesendahl, Elmar (2006). Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.

Whitefield, Stephen (2002). Political Cleavage and Post-Communist Politics, in: Annual Review of Political Science, 5, 181–200.

AUTOR

Ludger HELMS, Dr. phil. habil., M.A., Senior Research Professor im Department of International Relations der Webster University, Vienna Campus. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Demokratieforschung, unter besonderer Berücksichtigung Europas und Nordamerikas.

Korrespondenzadresse: Department of International Relations, Webster University, Berchtoldgasse 1, A–1220 Wien.

E-Mail: helms@webster.ac.at